

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Papst Benedikt XVI. in Deutschland

Oberhaupt der katholischen Kirche spricht im Deutschen Bundestag

Im Rahmen seines Staatsbesuchs in Deutschland vom 22. bis 25. September besuchte seine Heiligkeit Papst Benedikt XVI. auch den Deutschen Bundestag und sprach im Plenarsaal zu den Abgeordneten. Bundestagspräsident Norbert Lammert hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche und des Staates Vatikanstadt mit Zustimmung aller Fraktionen eingeladen, im deutschen Parlament eine Rede zu halten.

Nach den Begrüßungsworten des Präsidenten sprach Benedikt etwa eine halbe Stunde lang. Der Papst, am 16. April 1927 als Joseph Ratzinger im oberbayerischen Marktl am Inn geboren, wurde 1951 zum Priester geweiht. 1958 wurde er Theologieprofessor, 1977 Erzbischof von München und Freising und 1981 Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre in Rom. Nach dem Tod Johannes Pauls II. wählte ihn das Konklave am 19. April 2005 zum 265. Papst. Er gab sich den Papstnamen Benedikt XVI. Er ist der erste deutsche Papst seit 1523 und das erste Oberhaupt der katholischen Kirche, das vor dem deutschen Parlament sprach.

In der 62-jährigen Geschichte des Deutschen Bundestages ist er das 13. amtierende ausländische Staatsoberhaupt, das eingeladen wurde, zu den Abgeordneten zu sprechen. Die „historische Bedeutung“ dieses Besuches hatte der Bundestagspräsident bereits im Vorfeld betont. In allen Fraktionen gebe es einen „ganz breiten Konsens“, so Lammert, dass die „seltene und zu unser aller Lebzeiten vermutlich auch nicht wiederholbare Gelegenheit, einen deutschen Papst in der deutschen Hauptstadt begrüßen zu können, auch durch eine Einladung, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen, begleitet werden sollte“. Dass Benedikt XVI. die Ökumene in Deutschland ein „besonders wichtiges Anliegen“ ist, hatte Lammert im Anschluss an eine Privataudienz im Vatikan am 30. Mai betont. Gemeinsam mit Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) war Lammert nach Rom gereist, um mit dem Papst über die bevorstehende Deutschlandreise zu sprechen. Lammert hatte Frau Göring-

Eckardt, die ebenfalls Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ist, gebeten, ihn zu begleiten, „um auf diese Weise deutlich zu machen, dass auch und gerade aus der Perspektive des Deutschen Bundestages sich ein sehr starker Akzent der Erwartung auf das Thema Ökumene richtet“, sagte er.

Im Anschluss an seine Ansprache im Deutschen Bundestag traf der Papst auch mit Vertretern der jüdischen Gemeinde zusammen. Zum Abschluss seines Berlinbesuches hielt er vor 70.000 Besuchern, darunter zahlreiche Bundestagsabgeordnete, bei der Feier der Heiligen Messe im Berliner Olympiastadion die Predigt. Die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Flachsbarth, betonte, dass Deutschland ein weitgehend christlich geprägtes Land sei, in dem die katholische Kirche unter Vertrauensverlust leide. Sie äußerte die Hoffnung, dass der Papstbesuch eine Gelegenheit sei, Vertrauen zu schaffen. Fragen der Religionsfreiheit, insbesondere der Lage bedrängter und verfolgter Christen in aller Welt, hatte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits zum Auftakt der Sitzungswoche des Deutschen Bundestages und des Deutschland-Besuchs von Papst Benedikt XVI. an diesem Montag auf einem stark besuchten Kongress gewidmet. Hintergrund: Die Unionsfraktion beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dem Thema Religionsfreiheit und engagiert sich für bedrängte und verfolgte Christen. Auf dem Kongress schilderten Geistliche aus Nigeria, Indien und Syrien die Situation der Christen in ihren Regionen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder erklärte: „Gemeinsam mit den beiden großen christlichen Kirchen können wir die Situation bedrängter und verfolgter Christen in vielen Teilen der Welt verbessern. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich auch weiter auf diesem Feld engagieren und Christen in aller Welt beistehen.“

Reform der Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt

Der anhaltende Erfolg auf dem Arbeitsmarkt ist der Unionsfraktion Ansporn und kein Ruhekitzel. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen Monaten unter die 3-Millionen-Marke gesunken. Zum ersten Mal wird nach einer Wirtschaftskrise auch ein deutlicher Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit verzeichnet. Insbesondere für Menschen, die bislang auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hatten, ist das ein großartiger Erfolg. Auf diesem Erfolg ruht sich die christlich-liberale Koalition allerdings nicht aus, sondern geht nach der Reform der Jobcenter und der Reform des Leistungsrechts in dieser Woche mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt die dritte große Baustelle an. Im Zentrum der Bemühungen steht dabei, durch eine wirkungsvollere Förderung den arbeitssuchenden Menschen schneller wieder in Lohn und Brot zu bringen. Gleichzeitig wird in der Grundsicherung für Arbeitsuchende der Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung neu geordnet. Eine gute Arbeitsmarktpolitik verlangt, Arbeitssuchende mit genau der Maßnahme zu unterstützen, die der individuellen Situation am besten entspricht. Deshalb schafft die Bundesregierung mit dem in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ nicht zuletzt mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort. Hintergrund: War bis 2005 eine steigende Sockelarbeitslosigkeit ein typisches deutsches Arbeitsmarktphänomen, so hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahezu halbiert: von 1,7 Millionen auf 886.000 im Juni 2011. Damit waren im Juni 2011 ein Drittel der Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Im langjährigen Vergleich ergibt sich ein Rückgang des Anteils struktureller Arbeitslosigkeit von 37 Prozent im Jahr 2000 auf 32 Prozent im Juni 2011. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Anti-Terror-Regelungen verlängert

Deutschland steht auch zehn Jahre nach dem 11. September 2001 weiterhin im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Am 2. März 2011 wurde auf dem Frankfurter Flughafen der erste islamistische Anschlag auf deutschem Boden verübt. Mehrere Anschläge wie jene der „Kofferbomber“, der „Sauerlandgruppe“, der „Düsseldorfer Zelle“ sowie jüngste Anschlagplanungen in Berlin wurden verhindert. Die christlich-liberale Koalition setzt alles daran, die Menschen in Deutschland vor An-

schlägen zu schützen. Oberstes Ziel ist es, terroristische Strukturen zu erkennen und zu zerstören. Deshalb wurden in dieser Woche drei wichtige Vorhaben im Deutschen Bundestag beraten: Durch das „Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes“ (Terrorbekämpfung), mit dem der Großteil der Anti-Terror-Regelungen um weitere vier Jahre verlängert wird, bleiben alle Terrorismusabwehrbefugnisse der Nachrichtendienste des Bundes, die sich als unverzichtbar erwiesen haben, erhalten. Das „Gesetz zur Errichtung einer Visa-Warndatei und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes“ ist von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung des Visamissbrauchs und des internationalen Terrorismus. Es ergänzt die im Visumverfahren bereits bestehenden Prüfungsmöglichkeiten und unterstützt die deutschen Visumbehörden bei ihrer Tätigkeit. Die Visa-Warndatei hilft zu erkennen, ob jemand aus dem terroristischen Umfeld nach Deutschland einreisen möchte. Schließlich das „Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention“, durch das der Wirtschaftsstandort Deutschland wirksamer vor Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geschützt wird. Mit diesen Maßnahmen werden den Sicherheitsbehörden die notwendigen Instrumente an die Hand gegeben, um Terrorpläne aufzudecken. Sie werden auch künftig in der Lage sein, Terroristen mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten. Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wer aber unserer Gesellschaft feindlich gesinnt ist, gegen den wird auch in Zukunft mit aller Härte vorgegangen.

Mandat für Friedensmission im Südsudan

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission im Südsudan (UNMISS) beraten. Das neue Mandat soll bis zum 15. November 2012 befristet sein und als stabilisierendes Element zur Wahrung der Sicherheit der Zivilbevölkerung im Südsudan dienen. Die Obergrenze soll 50 Soldaten betragen. Derzeit ist Deutschland mit elf Soldaten beteiligt.

Zitat

«Freisinnig ist, auch dem zuzuhören, dem ich skeptisch oder gar ablehnend gegenüberstehe, um mir anschließend ein Urteil zu bilden.»
(Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, über den Besuch von Benedikt XVI. in Deutschland)

In eigener Sache

22.09.2011 Papstbesuch in Deutschland

"Nach 500 Jahren haben wir wieder einen deutschen Papst. Ich freue mich, dass wir Benedikt XVI. in unserer Hauptstadt begrüßen können. Die Rede im Bundestag war sicherlich der emotionalste Moment in meiner zweijährigen Abgeordnetentätigkeit.

Mit dem Papst kommt der höchste Vertreter einer weltweit verbundenen Kirche. Ich hoffe, der Besuch trägt dazu bei, dass die Menschen wieder mehr Mut haben im Glauben zu leben

und sich zu den Glaubensgrundsätzen zu bekennen. Die Reise des Heiligen Vaters hat für uns eine hohe religiöse und spirituelle Bedeutung und gibt wichtige Impulse in der Glaubensverkündigung. Es geht hier nicht um Politik, sondern um Fragen des Glaubens auf der Suche nach den endgültigen Wahrheiten und Wahrhaftigkeiten.

Der Papst sprach auf Einladung des Bundestages, welche seinerzeit von allen Fraktionen ausgesprochen wurde. Kein Verständnis habe ich für die Kollegen, die sich nicht in der Lage sahen, die Worte des Papstes anzuhören. Überheblichkeit und Kleingeistigkeit dürfen für uns Abgeordnete keinesfalls Maßstab für unser Handeln sein. Im Bundestag haben schon viele Staatsoberhäupter gesprochen, die sich für die christlichen und kulturellen Werte, auf denen unser Staat fußt, wenig oder gar nicht interessiert haben. Hier wäre Kritik verständlich gewesen - aber niemals in dieser Form beim Oberhaupt der Katholischen Kirche, der in Deutschland immerhin 24,7 Millionen Menschen angehören", so Rief.

Nach der Rede im Bundestag nahm Rief abends im Olympiastadion an der Heiligen Messe teil. Am Samstag und Sonntag fährt Rief dann nach Freiburg, wo der Papst seine Deutschlandreise beenden wird.



22.09.2011 Pressemitteilung: Opposition will Bauern noch stärker belasten - Nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion geht der Antrag der SPD an künftigen agrarpolitischen Herausforderungen vorbei

Berlin. Im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wurde am 21.9. ein Antrag der SPD zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 beraten. In diesem Antrag fordert die SPD die Bundesregierung auf, Vorschläge für weitere Umweltauflagen hinsichtlich der Direktzahlungen vorzulegen. Dazu erklärt der Biberacher Bundestagsabgeordnete Josef Rief (CDU):

"Die SPD ist in der Agrarpolitik nach wie vor ziemlich einseitig aufgestellt: Immer neue Auflagen für die Bauern, immer mehr bürokratische Hindernisse für die Landwirtschaft. Das ist eine ebenso einfallswie fruchtlose Landwirtschaftspolitik. Ich lehne diesen Ansatz grundsätzlich ab, genauso sehen dies meine Kolleginnen und Kollegen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Oppositionsfraktionen sind in einen Überbietungswettkampf eingetreten, der sich in immer neuen Vorschlägen für ein "Greening" der Direktzahlungen ausdrückt. Eine stärkere Verknüpfung von Zahlungen aus der ersten Säule der GAP als bisher wird von meiner Fraktion abgelehnt. *Lesen Sie weiter auf www.josef-rief.de*

